

Haushalts- und Finanzausschuß  
9. Sitzung

24.01.1986  
rp-er

### Aus der Diskussion

In einem vertraulichen Sitzungsteil hatte der Ausschuß zunächst einen Bericht des Vorstandsvorsitzenden der WestLB, Neuber, über das Jahresergebnis 1985 der WestLB entgegengenommen (siehe hierzu Vertrauliches Ausschußprotokoll 10/5).

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

des nichtöffentlichen Teils der Sitzung teilt der Vorsitzende mit, daß Abg. Dorn (F.D.P.) angeregt habe, den Finanzminister um eine Erklärung zur weiteren Behandlung eines vertraulichen Schreibens des Finanzministers vom 23. Dezember 1985 zu bitten, und zwar insbesondere zur Entlassung der Adressaten dieses Schreibens aus der Vertraulichkeit, nachdem der Inhalt des vertraulichen Schreibens der Öffentlichkeit durch Presseberichte bekanntgeworden sei.

Diese Anregung des Abg. Dorn habe in einem Gespräch, das er mit den finanzpolitischen Sprechern der drei Fraktionen geführt habe, Zustimmung gefunden. Daraufhin habe er den Finanzminister mit Schreiben vom 21. Januar 1986 gebeten, zu diesem Thema kurz Stellung zu nehmen.

Finanzminister Dr. Posser teilt mit, er habe aufgrund des Schreibens des Vorsitzenden Kontakt zu Minister Dr. Zöpel aufgenommen, der ja der Informationsgeber für das Schreiben vom 23. Dezember gewesen sei. Dessen Auskunft sei gewesen, daß er sich nicht in der Lage sehe, die Vertraulichkeit dieses Schreibens aufzuheben. Er - Posser - gehe aber davon aus, daß dies in der gemeinsamen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen am 30. Januar 1986 geschehen werde.

Abg. Dorn (F.D.P.) ist mit dieser Antwort nicht zufrieden. Er habe den Wunsch seiner Fraktion, ihr den Brief vorzutragen, mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß zunächst die Vertraulichkeit aufgehoben werden müsse. Das müsse, nachdem der sachliche Inhalt des Schreibens in wesentlichen Teilen in der Presse erschienen sei, jetzt doch möglich sein.

Finanzminister Dr. Posser bittet um Verständnis, daß er im jetzigen Zeitpunkt an die Erklärung von Minister Dr. Zöpel gebunden sei, weist jedoch darauf hin, daß die Landesregierung die Presseberichte sicher dementiert hätte, wenn sie unrichtig gewesen wären.

Haushalts- und Finanzausschuß  
9. Sitzung

24.01.1986  
rp-er

Abg. Trabalski (SPD) bemerkt, es gehe in dem Schreiben um zwei Zahlen. Die eine, die die Ausleihungen der WestLB an die Neue Heimat betreffe, habe der Vorstandsvorsitzende der WestLB im voraufgegangenen vertraulichen Teil der Sitzung bestätigt. Die zweite Zahl betreffe die Ausleihungen der Wohnungsbauförderungsanstalt an die Neue Heimat, und diese Zahl sei im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen am 23. Oktober 1985 bekanntgegeben und auch in "Landtag intern" veröffentlicht worden. Insofern könne er nicht verstehen, daß der Haushalts- und Finanzausschuß diese Auskünfte nicht bekommen und es Abgeordnete unterschiedlichen Rechts geben solle. Man solle Minister Dr. Zöpel in der gemeinsamen Sitzung am 30. Januar 1986 dringend bitten, die Vertraulichkeit des Schreibens aufzuheben.

Abg. Schauerte (CDU) äußert daraufhin sein Unverständnis darüber, daß ein praktisch öffentlicher Vorgang aus formalen, nicht mehr aufrechtzuerhaltenden Gesichtspunkten weiterhin für vertraulich erklärt werde. Eine solche Behandlung dürfe der Haushalts- und Finanzausschuß nicht akzeptieren. - Abg. Dorn (F.D.P.) teilt diese Ansicht und bemerkt, wenn etwas in einer nicht vertraulichen Ausschußsitzung bekanntgegeben und in "Landtag intern" veröffentlicht worden sei, man es auch in der Presse habe lesen können, sei es für einen Briefempfänger schwierig, gegenüber seiner eigenen Fraktion Stillschweigen wahren zu müssen.

Abg. Schauerte (CDU) kritisiert ferner, daß das vertrauliche Schreiben vom 23. Dezember 1985 erst nach dem Jahreswechsel in die Hände der Adressaten gelangt sei, weil es nicht an ihre Heimatadressen geschickt, sondern in ihre Fächer im Landtag gelegt worden sei. - Der Vorsitzende bemerkt, hierzu habe er ein Schreiben an den Finanzminister gerichtet, und es sei ein Gespräch mit dem Landtagspräsidenten geführt worden, der sich bemühen werde, daß solche Vorgänge künftig per Post an die Heimatadressen versandt würden.

Abg. Dr. Haak (SPD) wirft die Frage auf, ob vertrauliche Informationen nur den Fraktionssprechern, die ja kein größeres Statuserrecht als andere Abgeordnete hätten, oder allen Ausschußmitgliedern zugänglich zu machen seien.

Abg. Trabalski (SPD) betont nochmals, daß keine Bedenken bestehen könnten, die dem Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen gegebenen Auskünfte auch dem Haushalts- und Finanzausschuß zu geben, und weist darauf hin, daß die mit der Vergabe von Darlehen der Wohnungsbauförderungsanstalt verbundenen Risiken allgemein bekannt seien. Sie bestünden darin, daß es sich bei diesen Darlehen um nachrangige Forderungen handele, die im Falle eines Konkurses kaum noch zu realisieren seien.

Haushalts- und Finanzausschuß  
9. Sitzung

24.01.1986  
rp-er

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, man werde in der gemeinsamen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen am 30. Januar 1986 alles daransetzen, daß die Vertraulichkeit des Schreibens vom 23. Dezember 1985 aufgehoben werde.

Zu 1: Haushaltsgesetz 1986

hier: Einzelplan 14: Allgemeine Finanzverwaltung

Zu Kap. 14 010 - Steuern - fragt Abg. Schauerte (CDU), welche Auswirkungen die gegenüber den Ansätzen geringeren Steuereinnahmen des Jahres 1985 und die neue Steuerschätzung vom November 1985 auf die Steuereinnahmeansätze im Haushalt 1986 hätten. - Finanzminister Dr. Posser antwortet, diese Auswirkungen seien Inhalt einer neuen Ergänzungsvorlage, mit der die Steueransätze gegenüber dem Haushaltsentwurf teilweise zurückgenommen, teilweise erhöht würden. Insgesamt ergebe sich eine Erhöhung der Steuereinnahmeansätze um 350 Millionen DM.

Auf Fragen des Abg. Dorn (F.D.P.) zu Kap. 14 020 Tit. 461 10 - Zur Deckung von Mehrausgaben bei den Personalausgaben in den Einzelplänen - antwortet Leitender Ministerialrat Dr. Fricke (Finanzministerium), der Finanzminister habe bei der Einbringung des Haushalts darauf hingewiesen, daß in einer Ergänzungsvorlage weiterer Stellenbedarf geltend gemacht werden würde. Die Ausgaben für diesen Stellenbedarf seien bereits im gedruckten Haushaltsentwurf beim Tit. 461 10 mit 3,7 Millionen DM berücksichtigt worden. Hiervon flössen nunmehr nach der Ergänzungsvorlage Drucksache 10/500 rund 1,6 Millionen DM in die Einzelpläne 02, 03 und 08 zur Deckung der Ausgaben für die nach der Ergänzungsvorlage dort vorgesehenen zusätzlichen Stellen. - Der Ansatz des Tit. 461 10 sei kein Verstärkungsfonds, wie man ihn in früheren Jahren mit diesen Titel gehabt habe, sondern der eigentliche Verstärkungsfonds werde auf dem Wege über den Haushaltsvermerk 1 zu diesem Titel gebildet.

Abg. Riscop (CDU) weist darauf hin, daß die bei Kap. 14 020 Tit. 542 00 - Ausgleichsabgabe nach § 8 Schwerbehindertengesetz - vorgesehenen 400 000 DM nach den in der Kommission des Haushalts- und Finanzausschusses gegebenen Auskünften nicht ausreichen, sondern auf 800 000 DM erhöht werden müßten. Er fragt, auf welchen Betrag sich die Ausgleichsabgabe für das Jahr 1985 belaufen werde.

Haushalts- und Finanzausschuß  
9. Sitzung

24.01.1986  
rp-er

Finanzminister Dr. Posser teilt mit, in der Landesverwaltung insgesamt habe die Schwerbehindertenquote von 6 % nicht gehalten werden können, was im wesentlichen darauf beruhe, daß die Quoten in den beiden großen Bereichen Polizei und Lehrer, in denen 57,8 % aller Landesbediensteten beschäftigt würden, weit unterdurchschnittlich seien. Im Finanzministerium betrage die Quote 9,88 %, im nachgeordneten Bereich des Finanzministeriums 10,01 %. In den Jahren 1981 und 1982 habe die Landesverwaltung insgesamt noch über 6 % gelegen. Im Jahre 1983 habe die Pflichtquote von 6 % nur noch durch Anrechnung von Lieferaufträgen an Behindertenwerkstätten erreicht werden können. 1984 habe die Quote 5,57 % betragen, und das Land habe 703 000 DM Ausgleichsabgabe zu zahlen. Nach den vorläufigen Berechnungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik belaufe sich die für 1985 zu zahlende Ausgleichsabgabe auf rund 2,5 Millionen DM. Die endgültige Zahl sei für Ende März angekündigt worden.

Abg. Schauerte (CDU) bemängelt, daß die für den Haushalt 1986 notwendige Erhöhung des Ansatzes in den bisherigen Ergänzungsvorlagen der Landesregierung noch nicht vorgenommen worden sei. - Er bemerkt ferner, ihm sei gesagt worden, daß das Absinken der Schwerbehindertenquote des Landes damit zusammenhänge, daß man bei den Neueinstellungen nicht in dem Maße Schwerbehinderte eingestellt habe, wie Schwerbehinderte aus Altersgründen ausgeschieden seien. - Finanzminister Dr. Posser äußert, in der Finanzverwaltung werde die Pflichtquote nach wie vor überschritten, es sei aber verständlich, daß bei der Polizei und bei den vielen jungen Lehrerinnen und Lehrern die Zahl der Schwerbehinderten gering sei.

Auf die Frage des Abg. Riscop (CDU), warum der Ansatz beim Tit. 571 00 - Zinsen für Kassenkredite - gegenüber dem Ist 1984 verdoppelt werden solle, antwortet Finanzminister Dr. Posser, von dem Ansatz 1985 in Höhe von 70 Millionen DM seien 42,7 Millionen DM gebraucht worden. Daraufhin sei der Ansatz für 1986 von 70 Millionen DM auf 50 Millionen DM gesenkt worden.

Auf Fragen des Abg. Schauerte (CDU) zu den Titelgruppen 61 und 62 - Verwendung der Spielbankabgabe der Spielbanken Aachen und Oeynhausen bzw. der Spielbank Dortmund - antwortet Leitender Ministerialrat Dr. Fricke, die Gesamteinnahmen aus der Spielbankabgabe im Jahre 1986 seien von den Oberfinanzdirektionen ursprünglich auf 76,5 Millionen DM geschätzt worden. Neue Schätzungen hätten die in der Ergänzungsvorlage bei den Tit. 093 10 und 093 20 eingestellten Gesamteinnahmen von 88,6 Millionen DM ergeben. Die korrespondierenden Erstattungen an das Kap. 07 040 seien im Einzelplan 07 bereits nach der höheren Schätzung eingesetzt worden. Dies werde für den Einzelplan 14 jetzt mit der Ergänzungsvorlage nachgeholt.